



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81831 - 33
Fernschreiber 0886 690

P/XIII/283 - 12. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Kalter Ostwind Verstärkter Druck Moskaus auf den Westen	53
3 - 4	Prager Weihnachten 1958 Volle Schaufenster - reichhaltige Auswahl Kommunisten "entdecken" den Weihnachtsmann	75
5	Passade stürzt ein Zur Auflösung der Länderkammer in der Zone	41
6	Endlich ein Finanzausgleich Rundfunkanstalten brauchen kein staatliches Gängelband	38
7	Freie Schweiz - leicht lädiert "Wege zum Ruhe" - in Bern unerwünscht	46

* * * * *
* * *

Kalter Ostwind

sp - Es war nicht anders zu erwarten: Moskau hat, einer alten Übung folgend, wieder einmal kurz vor Beginn wichtiger westlicher Konferenzen seinen Standpunkt in unmißverständlicher Weise dargelegt. Diesmal zur Berlin-Frage und - wenn man will - in weiterem Sinne auch zum Deutschland-Problem.

Die Erklärung der sowjetischen TASS-Agentur zu Berlin ist eine massive Drohung, die den Westmächten begreiflich machen soll, daß Moskau es sehr ernst meint mit seinen nunmehr bereits drei Wochen alten Vorschlägen. Berlin wird wieder ein "Krebgeschwür" genannt, und es wird angekündigt, daß bei einem Panzerdurchbruch der westlichen Alliierten nach Berlin die Gefahr eines Krieges, "und zwar mit allen verheerenden Folgen" bedeuten würde.

Das ist mehr als deutlich. Wenn bisher noch jemand daran gezweifelt hat, daß uns im Westen etwas Neues einfallen muß, um mit den Russen über Berlin und die europäischen Sicherheitsprobleme sprechen zu können, dann dürfte er jetzt belehrt worden sein.

Moskau läßt aber auch in dieser jüngsten Erklärung durchblicken, daß es unter Umständen bereit sein könnte, den Gesamtkomplex Deutschland zu erörtern. Diesmal wird wieder der Friedensvertrag erwähnt und es wird trotz Ablehnung freier Wahlen unter nochmaliger Betonung des Willens, daß die Regierungen der beiden Teile Deutschlands die bereits ominös gewordene Forderung nach Verhandlungen über eine Konföderation erfüllen sollten, sehr klar gesagt, die Sowjetregierung habe niemals die Kompetenz der vier Mächte in dieser Frage - gemeint ist der Friedensvertrag - abgestritten.

Damit ist jetzt ganz unmißverständlich der "Preis" genannt, den, aus der Sicht Moskaus, der Westen zahlen soll, um sowohl

die Frage Berlin wie auch die der Wiedervereinigung Deutschlands einer Lösung näherzubringen. Friedensvertrag - das bedeutet unter den gegenwärtigen Umständen und unter Berücksichtigung aller früheren ähnlich klingenden Erklärungen Moskaus die sehr breit angelegte Verhandlung über den militärischen und internationalen Status eines wiedervereinten Deutschland. Das bedeutet Verhandlungen unter Berücksichtigung der Vorschläge des polnischen Außenministers Rapacki zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa bei gleichzeitigen Rückzug ausländischer Truppen aus beiden Teilen Deutschlands und den östlichen Nachbarstaaten. Das bedeutet den Stop der atomaren Bewaffnung und die Liquidierung ausländischer Atomwaffenstützpunkte auf deutschem Boden.

Als seiner Zeit der Präsident des Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier (CDU), die Idee des Friedensvertrages als möglichen internationalen Verhandlungsgegenstand in die Debatte warf, wurde er von Dr. Adenauer und seiner eigenen Partei desavouiert. Damals - es war im Februar 1958 - hätte man noch über dieses Problem sprechen können, ohne unter dem Druck der Brochungen Moskaus gegen Berlin zu stehen. Damals war die These vom Friedensvertrag noch "billig", denn ein Strauß hatte noch keine Atomraketen gekauft. Heute ist der Preis, den der Westen zahlen soll, um von dem Berliner Ultimatum herunterzukommen, sehr hoch.

Der Wind aus den Osten ist kälter geworden. Die Warnungen Moskaus liegen wieder einmal auf den Verhandlungstischen der Nato-Konferenzen, die jetzt in Paris beginnen.

Wird sich der Westen jetzt "etwas einfallen" lassen?

+ + +

Prager Weihnachten 1958

(rh) - "Der Weihnachtstisch ist wiederum reichhaltiger", versicherte die Prager Abendzeitung "Vecerni Praha" (Prag am Abend) ihren Lesern und wußte unter anderem zu berichten: Das Unternehmen Laktos (der Molke- und Käs-Industrie) liefert den Prägern in diesem Jahr Eistorten, 17.000 Liter-Torten und 30.000 Halbliter-Torten aus gefrorener Sahnecreme, die Sensation ist jedoch Sahne in besonderen Bomben. Die Fleisch-Industrie hat "Weihnachtspäckchen" mit besonderen Spezialitäten bereitgestellt, zu Sylvester gibt es wieder die traditionellen Schweinsköpfe, Eisbeine und den so begehrten "Ovar" (Halsfleisch und Schweinebauch). Auch die Fett-Industrie bleibt nicht zurück, sie liefert vor Weihnachten insgesamt 300 Tonnen Olivenöl in Flaschen. Eine besondere Überraschung sind fertige Mittagessen in untergeteilten Konserven, die z.B. eine konzentrierte Suppe, Fleisch mit Gemüse und sogar einen Nachtisch enthalten. Diese Konserven sind für den Prager Weihnachtstisch bereits unterwegs.

Auch die echten Weihnachtsprodukte sind reichhaltiger als früher. So wurden 2,5 Millionen Weihnachtskollektionen aus Schokolade und Süßwaren in verschiedenen Größen hergestellt, um 17 Prozent mehr als im Vorjahr. Diesmal wird es auch wieder einen Weihnachtslebkuchen und Weihnachtsgebäck in kleinen Packungen geben, das sich als Baumschmuck eignet. Die Tabak-Industrie hat besondere "Weihnachtszigaretten" hergestellt, in Blechschachteln zu 20 Stück und in besonders attraktiven Packungen, so daß man sie auch verschenken kann. Besonders reichhaltig ist die Versorgung mit Festtags-Weinen, es stehen 14 inländische und 35 ausländische Naturweine zur Verfügung. Auch vier Sorten von weißem Sekt gibt es diesmal und eine Sorte roten Sekt aus eigener Produktion. Die Weinbetriebe werden 220.000 Liter Wein "über den Plan" liefern. Bier und Spirituosen sind in großen und ausreichenden Mengen vorhanden.

Auch sonst bemühen sich die Prager Zeitungen, ihren Lesern durch Berichte und Photos vor Augen zu führen, daß das "Weihnachtsfest" vor der Tür steht, daß "genügend Weihnachtsbäume" nach Prag geliefert werden und daß es eine große Auswahl von Weihnachtsgeschenken gibt. In den Zeitungen inserieren sogar einzelne Betriebe, daß sie besonders schöne, elegante und preiswerte Geschenke hergestellt hätten und bereit seien, sie auf telefonischen Anruf ins Haus zu liefern. So etwas hat es seit dem Kriege nicht mehr gegeben, und die Prager nehmen mit großem Erstaunen diese Weihnachts-Neuerungen zur Kenntnis. Sie können auch überrascht feststellen, daß viele Geschäfte in ihren Schaufenstern richtige

Weihnachtsdekorationen angebracht haben und daß dabei die altgewohnten Symbole mit den Weihnachtssternen aufgetaucht sind. Sogar die Schaufenster-Konkurrenz zwischen Prag und Ost-Berlin, die seit dem vergangenen Jahr im Winter abgehalten wird, ist diesmal in den Dienst der Weihnachtswerbung gestellt. Vom "Väterchen Frost" ist diesmal keine Rede, dieser kommunistische Konkurrent des Weihnachtsmannes scheint in die Provinz verbannt zu sein, wo er bei Veranstaltungen gelegentlich an der Eingangstür auftaucht, um - Weihnachtsgeschenke für die Anwesenden in Empfang zu nehmen.

Die Umsatzsteigerung wird in Prag und in der Provinz aus Anlaß des Weihnachtsfestes groß geschrieben. Immer wieder werden die Menschen ermahnt und aufgefordert, ihre Mitmenschen durch "Weihnachtsgeschenke" zu erfreuen. Auch die Einführung des Ratengeschäftes dient offensichtlich diesem Zweck und findet bei den Interessenten für Fernsehapparate einen besonders starken Anklang. Denn Fernsehapparate kosten immerhin rund 4.000 Kcs, was dem Vierteljahreslohn eines Facharbeiters (im Durchschnitt) entspricht. Am Weihnachtsabend wird die Arbeitseinteilung so erfolgen, daß Familienväter und Frauen mit Kindern unbedingt den Spätnachmittag und Abend zu Hause verbringen können, und auch die beiden Weihnachtstage werden als Feiertage gelten. Sogar über den Samstag nach den Feiertagen sind Betriebsvereinbarungen möglich, so daß es für die meisten der Werktätigen in diesem Jahr richtige Weihnachten mit vier freien Tagen geben wird. In den Schlüssel-Industrien wird dieser freie Samstag allerdings nach- oder vorgeholt werden müssen, - schließlich stehen ja die Abschlüsse der Jahrespläne bevor.

Besucher Prags machen in diesen Tagen die Feststellung, daß die Straßen der Hauptstadt der Tschechoslowakei das erste Mal seit dem Jahre 1948 wieder ein "weihnachtliches Aussehen" erhalten haben. Man spricht auch allgemein davon, daß einige Tausend Tonnen Weihnachtskarpfen in den Fischbehältern der Moldau für den Weihnachtstisch bereitstehen, die rechtzeitig mit großen LKW-Kolonnen aus den südböhmischen Karpfenseichen nach Prag geschafft wurden. Schon sind auch Weihnachtsgänse aus dem In- und Ausland aufgetaucht, und selbst die Kinos und Theater bereiten besondere Weihnachtsprogramme vor. Der kommunistische Weihnachtsersatz ist aus den Straßen verschwunden, die Kinder umlagern die Spielwarengeschäfte und raten, was sie "zu Weihnachten" geschenkt erhalten. "Prager Weihnachten 1958" sind somit nicht nur für die Prager eine große Überraschung.

Die Fassade stürzt ein

K.S. - Im Laufe der Jahre hat sich die Verfassung der "DDR" eine Amputation nach der anderen gefallen lassen. Was sollte diese Verfassung nicht alles verbürgen! Freie Meinungsäußerung (Artikel 9), Unabhängigkeit der Richter (Artikel 127), Glaubensfreiheit (Artikel 41), Freizügigkeit und Postgeheimnis (Artikel 8), Auswanderungsrecht (Artikel 10), Streikrecht (Artikel 14). Man kann noch einige Artikel dazu nehmen - alles ist blanker Hohn in der zonalen Wirklichkeit von Heute.

Nun hat die SED mit einem Federstrich - der Vorgang wurde bei uns in Westen nur oberflächlich registriert - zehn weitere wesentliche Verfassungsbestimmungen beseitigt. Die Länderkammer wurde aufgelöst, die Artikel 71 bis 80 haben ihr Leben ausgehaucht - jetzt auch auf dem Papier. In Wirklichkeit endete die Bedeutung der Länderkammer schon am 23. Juli 1952, als die SED die "Demokratisierung der staatlichen Organen" beschloß, die fünf Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zerschlug und in 14 Bezirke aufteilte. An die Stelle der fortgewischten Länderregierungen traten die Bezirksräte.

Trotzdem hörte man ab und zu etwas vom Wirken einer Länderkammer. In größeren Abständen brachten die Zeitungen der Zone Zeilen-Notizen über irgendeine "Zustimmung" der Länderkammer zu Volkskammergesetzen oder SED-Vorschlägen. Niemals in ihrer Geschichte freilich wurde bekannt, daß sie vielleicht einmal gemäß Artikel 78 und 84 der Verfassung von ihrem Einspruchsrecht Gebrauch gemacht hätte. Aber ihr formales Schattendasein führte sie fort. Wie ein Witz mutet es an, daß noch vor zwei Wochen das Ostberliner Stadtparlament und die Bezirkstage Abgeordnete für die Länderkammer wählten.

Nun ist der Spuk der zweiten Kammer vorbei. Die Zone hat sich den anderen Ostblockstaaten angeglichen, die längst keine zweite Kammer mehr haben. Der Einheitsstaat ist auch auf dem Papier komplett; "Zentralismus" ist legalisiert, und er soll - wie es in der Gesetzesbegründung heißt - "in weitestem Maße die Rechte der Werktätigen zur Teilnahme an der Leitung von Staat und Wirtschaft sichern".

Man muß der aufgelösten Länderkammer auch nicht eine einzige Träne nachweinen: sie hätte sowieso nichts zu sagen. Der Berichterstatter des Rechtsausschusses, Prof. Polak, erklärte den ohnehin durch nichts zu überraschenden Volkskammerabgeordneten kurz und schlicht, das föderative Prinzip einer Ländervertretung durch eine zweite Kammer sei "überholt und veraltet", und darum müsse es verschwinden.

Pankows Verfassungsfassade ist endgültig eingestürzt.

Endlich ein Finanzausgleich

J.F.W. - Die Tagung der Arbeitsgemeinschaften der Rundfunkanstalten am 9. und 10. Dezember in Frankfurt/M. hat nun doch erfreuliche und zukunftsweisende Ergebnisse gehabt. Entgegen den pessimistischen Prognosen, die nach den schleppenden Vorverhandlungen für diese Sitzung gestellt werden mußten, haben sich die Vorsitzenden der Aufsichtsgremien und die Intendanten auf einen Finanzausgleich geeinigt, der diesen Namen wirklich verdient. Ein Problem, das seit bald zehn Jahren die Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten belastete und sie in zwei Gruppen der unwilligen Reichen und der erbitterten Armen aufspaltete, ist jetzt - hoffentlich für alle Zeit - aus der Welt geschafft. Der neue Vertrag für einen Finanzausgleich läuft zunächst auf drei Jahre. Es sollte leicht möglich sein, während dieser Frist kleinere Unebenheiten, die sich in der Praxis noch herausstellen können, zu glätten, ihn weiter auszubauen und damit die neue Regelung zu einer ebenso fruchtbaren Dauereinrichtung zu machen, als die sich der Finanzausgleich der Länder erwiesen hat.

Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk und der Sender Freies Berlin erhalten künftig einen festen Zuschuß der Arbeitsgemeinschaft für ihren laufenden Betrieb. Den Intendanten in Bremen und Saarbrücken wird es mit den Beträgen, um die so ihre geringen Einnahmen an Teilnehmergebühren aufgerundet werden, sicher möglich sein, ihren Ziel, ein vollwertiges Programm zu gestalten, näherzukommen. Sie werden in Zukunft zumindest von den drückendsten Sorgen befreit sein. Beim Sender Freies Berlin ist man mit der neuen Regelung noch nicht ganz zufrieden. Die 1,5 Mill. DM jährlich, die der Finanzausgleich für Berlin vorsieht, hält man dort angesichts der besonderen Aufgaben, die dem SFB aus seiner Vorpostenstellung erwachsen, für nicht voll ausreichend. Um diese Bedenken auszuräumen, soll ein objektiver Betriebsvergleich zwischen den Aufwendungen des SFB und des Süddeutschen Rundfunks eine Grundlage schaffen, um über die weitergehenden Forderungen der Berliner sachlich entscheiden zu können. So kann man hoffen, daß auch diese Meinungsverschiedenheit in naher Zukunft beseitigt werden wird.

Gegenüber der Öffentlichkeit und der Bundesregierung hat die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Frankfurter Vertrag den Beweis geliefert, daß sie, wenn auch spät, doch in der Lage ist, gemeinsame Probleme des Rundfunks eigenverantwortlich zu lösen. Sie hat gezeigt, daß der deutsche Rundfunk keines staatlichen Gängelbandes bedarf, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Freie Schweiz - leicht lädiert

„Wege zum Ruhm“ - Amerikas bisher bester anti-militaristischer Anklagefilm „Wege zum Ruhm“ („Paths of Glory“) ist in der ganzen freien Welt ein großer Erfolg geworden. Die - wegen des historisch beglaubigten Vorfalles zufällig in der französischen Weltkriegs-I-Armee spielende - Enthüllung eines Militarismus, der sich selbst zum absoluten Wert erhebt, um ihn dann brutal zu mißbrauchen, hat in der ganzen freien Welt die Menschen zutiefst erregt, die trotz der kreisartig um sich greifenden Re-Militarisierung den Kopf frei behalten haben. Es heißt uns kaffen, daß die Zahl dieser Menschen noch immer in die Millionen geht und gerade in unserem leidgeprüften Volk die sicher weitaus überwiegende Mehrheit darstellt.

Frankreichs westberliner Stadtkommandant verbot, wie man sich noch erinnern wird, während der Berliner Festspielwochen 1958 unter entwürdigenden Umständen die Aufführung des Films in „seinem“ Sektor, und erzwang auch die Absetzung des Films vom Programm der Festspielwochen selbst. Der Hypernationalismus dieses Militärs fügte dem Ruhmeskranz der französischen Nation kein Blatt hinzu. Der Mann ist aber inzwischen wieder auf dem Boden der Tatsachen angelangt; er hat vor etwa drei Wochen sein Verbot zurückgezogen.

Inzwischen hat sich eine andere, diesmal zivile Behörde blamiert. Die Bundesanwaltschaft der freien Schweiz hat die Aufführung des Films „Wege zum Ruhm“ für die ganze freie Schweiz aufgrund des Bundesratsbeschlusses über staatsgefährdendes Propagandamaterial vom 29. Dezember 1948 verboten, weil der Streifen wegen der Möglichkeit der Belastung der Beziehungen zu Frankreich „die äußere Sicherheit der Schweiz gefährde“. Sinnigerweise fügte man hinzu, daß der Verbot nicht etwa durch eine Intervention Frankreichs ausgelöst werden sei.

Die Bundesanwaltschaft der freien Schweiz nimmt also die ganze Last der Verantwortung für dieses erstaunliche Verbot auf die eigene Kappe und macht damit das Verbot zu einem eigenschweizerischen Skandal. In Erinnerung an die von Schweizern als leuchtendes Vorbild so himmelhoch gelobte Freiheit der Schweiz wäre es uns, von denselben Schweizern so oft getadelten, Deutschen dann noch lieber gewesen, Paris hätte auf Bern den für ein Verbot erforderlichen Druck ausgeübt, was heute in übrigen kaum noch wundern würde. Aber, wie die Bundesanwaltschaft sagt, das Verbot war „Made in Switzerland“ und leider zugleich ein Manifest der Unfreiheit, wie sie einem totalitären Staate, gleich welcher Couleur, wohl anstehen würde. Wenn manche Schweizer, in und außerhalb der Schweiz, über uns um ein neues demokratisches Weltbild und Staatswesen eifrig bemühten Nachkriegsdeutsche splitterrichtern, dann bleibt uns, ohne Hohn und ohne Überheblichkeit, nur die Frage, ob die „Wege zum Ruhm“ nicht doch dem „Hitler in uns“ zum Opfer gefallen sein könnten, den ein Schweizer, der Schriftsteller Max Piccard, so mahnend aufgefordert hat, Es tröstet kaum noch, daß die Bundesanwaltschaft der freien Schweiz den beschlagnahmten Film „zur Wiederausfuhr freigegeben“ hat.